

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 35 (1956)
Heft: 1-2

Artikel: Le front populaire
Autor: Bardach, M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336891>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aber eine andere Frage liegt nahe und muß in diesem Zusammenhang beantwortet werden. Sprechen die Erfahrungen aus den kommunistisch regierten Staaten – und was für die Tschechoslowakei gilt, gilt beinahe wortwörtlich für alle andern – nicht überhaupt gegen den Gedanken der Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsplanung? Die Anwälte dessen, was sie völlig irreführend «freie Wirtschaft» nennen, werden sich wohl auf die vorstehenden Zitate stürzen und aus ihnen ableiten wollen, daß es sich hier nur um krasse Auswüchse von Dingen handelt, die die natürliche Folge von Eingriffen der Staatsgewalt in das «freie Spiel der Kräfte» sind – das es in Wirklichkeit nirgends mehr gibt. Der unvoreingenommene Betrachter wird aber zu dem Ergebnis kommen, daß die Ursache aller der Fehler, Mißgriffe und Übelstände, aus deren Aufzählung hier nur eine kleine Auswahl gegeben werden konnte, ihre gemeinsame Wurzel nicht in der Tatsache haben, daß in den von Moskau regierten Ländern der private Besitz an den Produktionsmitteln nicht mehr besteht, sondern darin, daß es dort keine politische und wirtschaftliche Demokratie gibt. Die traurigen Erfahrungen mit der ebenso kopflos wie brutal betriebenen kommunistischen Politik, die sich zur Verhüllung ihres bestenfalls staatskapitalistischen Charakters gerne antikapitalistischer Schlagwörter bedient, können unsern Glauben an die Überlegenheit der Gemeinwirtschaft über die Profitwirtschaft nicht erschüttern. Aber sie bestärken uns in unserer Überzeugung, daß wahrer gesellschaftlicher Fortschritt nur in einer Atmosphäre der Freiheit, nur in einer Atmosphäre, in der die Rechte des Menschen geachtet und gesichert sind, verwirklicht werden kann.

M. BARDACH

Le front populaire

Während in Mittel- und Südeuropa der Faschismus an der Macht war, hatten die französischen Arbeiter es vermocht, den Ansturm der französischen Faschisten, wie die Camelots du Roy und Jeunesses Patriotes usw., die von den reaktionären Parteien aufgestachelt wurden, abzuschlagen. Die reaktionären Regierungen konnten die französische Wirtschaftskrise, die sich seit der zweiten Hälfte des Jahres 1931 verschärfte, nicht meistern. Schieber und Spekulanten (affaire Stawicki) korrumpierten das öffentliche Leben, Arbeitslosigkeit breitete sich unter den Lohnempfängern und mittleren Klassen aus; nur das Großkapital, das aus seinem kolonialen Besitz große Gewinne zog, lebte einen guten Tag. Die Manifestationen der faschistischen Ligen riefen die Arbeiterschaft auf den Plan. In der Kammer hatte Léon Blum von der Regierung Doumergue energische Maßnahmen gegen die faschistischen

Ligen verlangt und für den Fall, wenn die Regierung nicht durchgreifen sollte, die Selbsthilfe der Arbeiter angekündigt.

Die Erregung der Arbeiterschaft, die politisch und gewerkschaftlich gespalten war, nahm seit dem 6. Februar 1934 zu. Am 9. Februar kam es in der Pariser Banlieu zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei zu Zusammenstößen, bei denen sechs Arbeiter getötet wurden. Die von Léon Jouhaux geleitete CGT proklamierte den Generalstreik gegen die faschistische Gefahr und für die Erhaltung der Republik. Die kommunistische CGTU schloß sich, ungeachtet der feindseligen und geradezu provokatorischen Haltung der Kommunisten gegenüber der SFIO, dem Streik an. Der Streik endete zum erstenmal seit vielen Jahren mit einem Erfolg. Am 12. Februar 1934 fand in Vincennes ein von der SP einberufenes Massenmeeting statt, an dem auch die Kommunisten teilnahmen. Ununterbrochene Rufe nach einer einheitlichen Aktion (*unité d'action*) erschollen während des Meetings und nach diesem.

Der einheitlichen Aktion stellten sich große Schwierigkeiten entgegen, weil die Kommunisten noch immer versuchten, die sozialistischen Massen sich unterzuordnen und sie von ihrer Parteiführung zu trennen. Erst am 23. Juni 1934 hat die KPF, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß ihre Angebote bei den sozialistischen Massen auf keinen Erfolg rechnen konnten, den Abschluß eines Paktes über eine einheitliche Aktion vorgeschlagen, der am 27. Juli perfekt wurde.

Beide Parteien verpflichteten sich, gemeinsam gegen die faschistischen Organisationen zu kämpfen, für ihre Entwaffnung und ihre Auflösung, für die demokratischen Freiheiten, für eine proportionelle Vertretung bei den Wahlen und für die Auflösung der Kammer; gegen die Kriegsvorbereitungen, gegen die Notverordnungen, gegen den faschistischen Terror in Deutschland und in Österreich, für die Befreiung aller eingekerkerten Antifaschisten. Jede Partei behielt ihre Unabhängigkeit, keine Partei sollte an den Aktionen und Organisationen der anderen Partei Kritik üben oder sie beleidigen*.

Im März 1934 hatte sich ein Wachsamkeitskomitee der Intellektuellen (*Comité de Vigilance des Intellectuels*) gebildet. In den zu diesem Komitee gehörenden Lehrgewerkschaften saßen neben Sozialisten und Kommunisten auch Radikale (unberechtigt Radikalsozialisten genannt). Dieses Wachsamkeitskomitee war sehr aktiv. Einige Sektionen traten für gewerkschaftliche und politische Einheit ein. Diesem Komitee fiel für die Gründung der Volksfront eine entscheidende Bedeutung zu. Es bildete auch den Rahmen für die Volksfrontkomitees.

* A. Lévac: *Histoire du Socialisme et du Communisme en France de 1871 à 1947*. Seite 395.

Inzwischen entstanden gemeinsame Organisationen, vor allem von Kommunisten und Sozialisten, die die Wahlen für den Mai 1936 vorbereiten sollten. In manchen Kreisen wurde gegen die Einbeziehung der Radikalen opponiert, weil ihre Mitglieder, selbst nach dem 6. Februar 1934, den reaktionären Regierungen angehörten. Aber selbst die Kommunisten, die für eine breite Volksfront waren, traten für die Einbeziehung der Radikalen in die Regierung ein.

Im März 1936 war es auch zur Vereinigung beider Gewerkschaften, der CGT und der CGTU, am Kongreß in Toulouse gekommen. Der Volksfront schlossen sich die Gewerkschaften, die kleine Gruppe Gaston Bérger und die Liga für Menschenrechte an. Die Wahlen zur Kammer ergaben einen glatten Sieg der Volksfront. Léon Blum bildete eine Regierung aus Sozialisten und Radikalen, der die Kommunisten nicht beigetreten sind, die aber der Regierung Blum vollste Unterstützung zusagten. Die Regierung Blum war aus Sozialisten und Radikalen zusammengesetzt. Gar bald sollte Blum spüren, daß die Radikalen für diese Regierung eine Belastung waren. Die Banken und Versicherungsgesellschaften fanden an den Radikalen Informatoren über die internen Vorgänge in der Regierung. Nicht mit Unrecht betonte André Philip am Parteikongreß, daß es richtiger gewesen wäre, eine rein sozialistische Regierung zu bilden.

Was war die Regierung des Front Populaire? Nach Blums Ansicht war es keine sozialistische, sondern eine Koalitionsregierung der Linken. Blum aber hatte stets betont, daß ein Mißerfolg dieser Regierung im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft nicht die Sozialisten belasten würde, sondern daß ein solcher Mißerfolg dafür zeugen würde, «daß man von der gegenwärtigen Gesellschaft nichts erwarten könne, und daß es unmöglich ist, sie von innen heraus zu verbessern». Blum war sich auch dessen bewußt, daß er auf den Widerstand des Senats, der Banken und Versicherungsgesellschaften stoßen werde. Das Programm seiner Regierung war also ein demokratisches Programm, das für die breiten Massen große Vorteile brachte: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die 40-Stunden-Woche, um mehr Hände zu beschäftigen, öffentliche Arbeiten, Altersversicherung, Revalorisation der Agrarpreise, Reform der Banque de France, eine demokratische Steuerreform, Erhöhung der Kaufkraft der breiten Schichten durch Steigerung der Löhne und Gehälter, bezahlte Urlaube usw. In politischer Hinsicht stand auf dem Programm die Auflösung der Ligen, Verteidigung der Laienschule, Reform des Finanzregimes der Presse.

Da Blum die feindliche Stellung des Senats, der Banken und Versicherungsgesellschaften ihm gegenüber kannte, hätte er energische Vorsichtsmaßnahmen dagegen ergreifen müssen. Daß er dies nicht tat, sollte sich bald rächen.

Die Regierung Blum war die im französischen Volke meist verwurzelte Regierung, der die Massen jede notwendige Unterstützung zu leihen entschlossen waren. Als aber die Massen die Initiative selbst ergriffen, um das Regierungsprogramm zu verwirklichen, bereiteten sie der Regierung eine große Verlegenheit, weil die Arbeitnehmer weit größere Forderungen stellten, als das Programm des Front Populaire enthielt.

Die wichtigste Errungenschaft der Streikbewegung, die selbst von den Mittelschichten unterstützt wurde, war die Anerkennung der Gewerkschaftsrechte, beziehungsweise die Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner. Diese Errungenschaft ermöglichte den Abschluß von Kollektivverträgen.

Die enge Verbindung zwischen den Sozialisten und Kommunisten bestand bis Anfang 1937. Beide Parteien waren bemüht, die Aktion der Arbeiterschaft im Rahmen der Legalität durchzuführen, obwohl es in beiden Parteien Gruppen gab, die zur revolutionären Machtentfaltung drängten. Der Versuch der Kommunisten, aus allen Anhängern der Volksfront eine breite Massenorganisation aufzubauen, war erfolglos.

Auch die Kommunisten, die sich mit den Streikenden solidarisierten, traten für eine Beendigung der Streiks ein. Am 21. Juni forderte der CGT die Gewerkschaften auf, für die Ordnung im Lande Sorge zu tragen. Die abgeschlossenen Verträge mußten eingehalten, die Ausübung der öffentlichen Dienste dürfe nicht behindert werden. Aber während die Arbeiter streikten, setzte mit Unterstützung der Banken die Kapitalflucht ein. Sie bot keine Schwierigkeiten, weil keine wirksamen Vorsichtsmaßnahmen getroffen wurden.

Die Schwächen der Regierung des Front Populaire, die bald zu ihrem Mißerfolg führen sollten, sind vor allem auf ihre wirtschaftlichen Maßnahmen zurückzuführen. Seit der Erhöhung der Löhne und den Beschlüssen über die sozialen Gesetze stiegen andauernd die Preise. Die Preiskontrolle konnte dagegen nichts ausrichten. Im September 1936 griff die Regierung zur Abwertung des Franc. Davon profitierten nur die Unternehmer, denn es erleichterte ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt. Eine Anpassung der Löhne an die Preise war nicht erfolgt. Für Arbeitskonflikte wurden obligatorische Schiedsgerichte eingesetzt.

Zwischen September 1936 und Januar 1937 stiegen die Engros- und die Detailpreise. Die Bourgeoisie erzielte große Gewinne. Von Oktober 1936 bis Januar 1937 strömten die exportierten Kapitalien wieder nach Frankreich zurück. In den sozialen Reformen trat jetzt ein Stillstand ein. Ein Preisstopp wurde verkündet, aber gegen die Spekulation wurden keine Maßnahmen ergriffen. Ein freier Goldmarkt wurde eingeführt, ein Devisenkomitee aus drei Personen ernannt, die der Volksfront feindlich gegenüberstanden. Die von

Blum ernannten Devisenspezialisten unterminierten seine Regierung. Anfang Januar 1937 warfen die Banken Schatzscheine im Betrage von 400 Millionen Francs auf den Markt, die eine Panik verursachten.

Als Blum vom Senat Vollmachten forderte, wurden sie ihm verweigert. Das bedeutete das Ende der Regierung des Front Populaire. Blum, der an der Legalität festhielt, rief die Arbeiter nicht zu seiner Unterstützung auf. Die mittleren Schichten, deren Lage sich unter der Regierung des Front Populaire nicht geändert hatte, kehrten Blum den Rücken.

In einer vom Syndikat der Techniker der Metallurgie im April 1938 herausgegebenen Broschüre wurden aus der kurzen Geschichte des Front Populaire folgende Lehren gezogen:

«Die Erfahrungen, die das Rassemblement Populaire (Sammlung des Volkes) in der Zeit, als es an der Macht war, machte, bestätigen, daß im Rahmen des bestehenden Regimes eine Regierung nur eine Politik betreiben könne, die die Finanz- und Industrieoligarchie begünstigt und ihre Lebensinteressen energisch unterstützt.

In einer bestimmten Etappe der Krise stößt die Verteidigung dieser Lebensinteressen mit dem täglichen Kampf gegen die Forderungen der Arbeiter zusammen, der vom Patronat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften geführt wird, und welches alle Mittel des Staates gegen die Arbeiter anwendet.

... Präventivmaßnahmen, die bestimmte strategische Positionen gesichert und die Unterstützung der Mittelklassen, der Nicht-Lohnempfänger, verschafft hätten, sind nicht ergriffen worden.

Aus diesem Grunde haben die Streiks in den letzten Monaten endgültig die Kluft vertieft, die zwischen diesen sozialen Kategorien und der Arbeiterklasse bestehen.» *

Die Mittelklassen, das waren die Wähler der Radikalen, die ihnen zwar eine demokratische Politik versprochen, aber bis 1932 zusammen mit den reaktionären Parteien eine reaktionäre Politik machten. Auch im Jahre 1936 wurden die Radikalen von den Trusts unterstützt, ihnen war von den Trusts die Rolle bestimmt, die Politik des Front Populaire zu bremsen, beziehungsweise zu sabotieren. Die Mittelklassen, die von den Konzernen ausgeplündert wurden, haben wie die Arbeiter und die Angestellten unter Teuerung, Deflation, Valutaspekulation des Kapitals gelitten. Sie setzten im Jahre 1936 ihre Hoffnungen auf die Regierung des Front Populaire. Da die Regierung mit ihren Maßnahmen keinen Erfolg gegen das Kapital hatte, wandten sich die Mittelklassen von den Arbeitern ab und standen im Jahre 1938 gegen die streikenden Arbeiter.

Die Außenpolitik Léon Blums war vor allem auf den Kampf um den Frieden gerichtet, den er von Hitler bedroht sah. Aus internationalen Grün-

* Les Temps Modernes, Nr. 112/113, Seiten 1821 und 1822.

den hatte Blum die Radikalen in die Regierung des Front Populaire hineingenommen; er erstrebte eine Unterstützung von England in außenpolitischen und finanziellen Fragen. Als die spanische republikanische Regierung, gestützt auf den französisch-spanischen Handelsvertrag, Waffen von Frankreich beziehen wollte, lehnte der Kriegsminister des Front Populaire, Daladier, unterstützt von den Pazifisten um Paul Faure, die Lieferung von Waffen an die spanische Regierung ab. Blum fügte sich, obwohl er über die Opposition Daladiers als Chef der Regierung hinweggehen konnte. Um der spanischen republikanischen Regierung zu Hilfe zu kommen, kämpfte Blum für die Non-Intervention, über die sich Hitler und Mussolini hinwegsetzten. Die Non-Intervention hatte nicht nur in den kommunistischen Kreisen, sondern auch in den sozialistischen Reihen Unruhe hervorgerufen. Zu spät erkannte Blum, daß die Non-Intervention nur den Faschisten nützte. Er ließ dann die Pyrenäengrenze wieder öffnen, aber es war zu spät, viel zu spät. Das Schicksal Spaniens war bereits entschieden, damit auch das Schicksal Europas.

Die Non-Intervention spaltete den Front Populaire, sie trennte die Kommunisten von den Sozialisten und versetzte der Regierung Léon Blum einen schweren Stoß. Die Non-Intervention stärkte die Faschisten. Der Antifaschismus in Spanien und in Frankreich hatte eine Niederlage erlitten. Der Weg für den Anschluß Österreichs an das Dritte Reich, für die Zerstückelung der Tschechoslowakei und für München war jetzt offen.